

JULIA KRAFT

JULIA REDENIUS-HÖVERMANN (Hg.)

Umwandlungs- recht

2. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Julia Kraft · Julia Redenius-Hövermann (Hrsg.)
Umwandlungsrecht



Umwandlungsrecht

herausgegeben von
Julia Kraft
Julia Redenius-Hövermann

bearbeitet von
Christian Altgen · Nikolaus Bunting · Rüdiger Haspl
Julia Kraft · Dieter Leuring · Julia Redenius-Hövermann
Arnulf Reinthaler · Alexander von Rummel

2. Auflage

Mohr Siebeck

Julia Kraft, geboren 1979; Justizrätin; Studium der Rechtswissenschaften in Passau, Genf und München; 2005 Promotion an der Universität Bayreuth.

Julia Redenius-Hövermann, geboren 1980; Professorin für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht, Frankfurt School of Finance & Management; Studium der Rechtswissenschaften in Paris und München; 2008 Promotion an der Universität Paris II-Assas; 2017 Habilitation an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

1. Auflage 2015

2. Auflage 2020

ISBN 978-3-16-159525-7 / eISBN 978-3-16-159526-4

DOI 10.1628/978-3-16-159526-4

ISSN 2568-4566 / eISSN 2568-924X (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen aus der Sabon gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort zur 1. Auflage

Das Umwandlungsgesetz ist mit verschiedenen Änderungen und Ergänzungen seit nahezu 30 Jahren in Kraft. In dieser Zeit sind zahlreiche Kommentare und Handbücher erschienen, die sich fundiert mit den komplexen Rechtsfragen der Umwandlung von Unternehmen auseinandersetzen. Die meisten dieser Werke sind dazu gedacht, der Praxis eine Hilfestellung bei der Lösung umwandlungsrechtlicher Probleme zu geben. Dies wird besonders deutlich bei den Handbüchern mit Formulierungsvorschlägen und Musterfalllösungen. Die größeren Kommentare verfolgen darüber hinaus das Ziel, das Umwandlungsrecht systematisch und mit wissenschaftlicher Tiefe zu erläutern und dabei offene Rechtsfragen zu klären und Regelungslücken zu schließen.

Das vorliegende Werk hat, wie sich schon aus seinem Titel ergibt, eine ganz andere Zielsetzung. Es handelt sich um ein Lehrbuch zum Umwandlungsrecht und zwar das bislang erste dieser Gattung. Dass es einen erheblichen Bedarf für ein solches Lehrbuch gibt, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. An vielen Universitäten und Hochschulen gehört das Umwandlungsrecht seit längerem zum Schwerpunktbereich Wirtschaftsrecht und wird dort im Rahmen des Gesellschafts- und Kapitalmarktrechts als Vorlesung angeboten oder in Seminaren zu Mergers & Acquisitions bearbeitet. Daneben gibt es zahlreiche außeruniversitäre Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen, bei denen das Umwandlungsrecht ebenfalls im Mittelpunkt steht. Bei allen diesen Veranstaltungen fehlt bislang ein Werk, das sich als eine qualifizierte Einführung in die Materie versteht.

Die Einbeziehung des Umwandlungsrechts in die juristischen Lehrprogramme zum Wirtschaftsrecht ist sehr zu begrüßen. Das Umwandlungsrecht ist zwar aufgrund der Bausteintechnik des Gesetzes und der vielen Umwandlungsmöglichkeiten ein durchaus anspruchsvolles Rechtsgebiet. Es ist für die Ausbildung im Gesellschaftsrecht aber besonders wichtig, weil es sich mit nahezu allen Rechtsformen des Gesellschaftsrechts befasst und dabei deren Unterschiede und Gemeinsamkeiten – etwa im Rahmen eines Formwechsels – deutlich werden lässt. Das Umwandlungsrecht hat insofern nicht nur große rechtspraktische Bedeutung. Es ist auch als Lehrstoff gut geeignet, weil es die verschiedenen Rechtsformen nicht als voneinander abgegrenzte Bereiche, sondern als Teil eines umfassenden Unternehmensrechts behandelt.

Als Lehrbuch verfolgt das vorliegende Werk ein diesen Bedürfnissen angepasstes Ziel. Das Umwandlungsrecht und ergänzend das Umwandlungssteu-

erreicht werden in den jeweiligen Grundzügen dargestellt und erläutert. Dabei geht es vor allem darum, die Strukturelemente der verschiedenen Umstrukturierungen – Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung, Formwechsel – und ihre Verzahnung mit dem allgemeinen Gesellschaftsrecht verständlich zu machen. Ergänzend werden in einem eigenen Kapitel die besonderen Rechtsschutzverfahren im Zusammenhang mit Umwandlungsvorgängen, insbesondere das Freigabeverfahren und das Spruchverfahren, dargestellt. In all diesen Kapiteln geht es weniger um strittige Einzelfragen als vielmehr um eine systematische Darstellung der jeweiligen Grundbegriffe und Verfahrensabläufe. Dieser speziellen Ausrichtung des Lehrbuchs dienen neben der Beschreibung des geltenden Rechts und seiner Auslegung durch die Rechtsprechung und das Schrifttum kleine Musterfälle und Fallbeispiele im Text sowie am Schluss eines jeden Kapitels eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen anhand von bestimmten Kontrollfragen und den dazu passenden Antworten.

Auch wenn es bei dem Lehrbuch um eine Einführung in das Umwandlungsrecht mit pädagogischer Zielsetzung geht, handelt es sich dennoch um ein Werk, das alle Aspekte des Umwandlungsrechts einschließlich der europarechtlichen Vorgaben auf aktuellem Stand sachkundig erfasst und damit auch für den fortgeschrittenen Umwandlungsrechtler von Nutzen ist.

Ich wünsche dem Werk einen guten Start und viele treue Freunde.

Frankfurt a. M.,
im Dezember 2014

RA Prof. Dr. Reinhard Marsch-Barner

Danksagung zur 2. Auflage

Fünf Jahre nach der Erstauflage bedurfte es mit Blick auf die Gesetzesänderungen einer Aktualisierung. Als Herausgeberinnen möchten wir uns an dieser Stelle bei allen bedanken ohne deren Mitwirkung und Unterstützung die zweite Auflage nicht entstanden wäre.

Zuallererst gilt unser Dank den Autoren, die sofort bereit waren wieder in bewährter sehr engagierter und zuverlässiger Weise an unserem Lehrbuch mitzuwirken.

Herrn Peter Siemens sei herzlich für die Unterstützung bei der Betreuung des Literatur- und Stichwortverzeichnisses gedankt.

Unser Dank gilt auch dem Verlag Mohr Siebeck, insbesondere Frau Dr. Julia Scherpe-Blessing, für die erneut so vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Schließlich gilt unser Dank auch den Lesern, die das Lehrbuch sehr wohlwollend angenommen haben. Autoren und Herausgeberinnen freuen sich über Anregungen und Hinweise, damit das Anliegen der Beteiligten, mit dem vorliegenden Lehrbuch eine Lücke in der unternehmensrechtlichen Ausbildungsliteratur zu schließen, auch stetig weiter verbessert werden kann.

An dieser Stelle möchten wir Herrn Professor Dr. Reinhard Marsch-Barner, der im Januar 2020 verstorben ist, gedenken. Er hat unser Lehrbuch stets sehr wohlwollend begleitet und stand uns als kritischer Diskussionspartner zur Seite. Nicht nur im unwandlungsrechtlichen Diskurs wird er eine große Lücke hinterlassen.

Köln/Frankfurt a. M.,
im Mai 2020

Julia Kraft und
Julia Redenius-Hövermann

Danksagung zur 1. Auflage

Den Worten von Herrn Professor Marsch-Barner im Vorwort möchten sich die Herausgeberinnen an dieser Stelle gerne anschließen. Somit bleibt uns nur Dank zu sagen, an jene ohne deren Mitwirkung und Unterstützung aus der anfänglichen Idee der Herausgeberinnen, ein Lehrbuch zum Umwandlungsrecht zu veröffentlichen, schlussendlich das vorliegende Buch entstanden ist.

Zunächst möchten wir uns ganz besonders bei den Autoren bedanken, die von Anfang an voller Enthusiasmus für dieses Projekt waren und in höchst engagierter und zuverlässiger Weise mitgewirkt haben.

Herrn Professor Marsch-Barner danken wir für seine wohlwollenden Worte und seine Unterstützung bei der Vollendung des Buchprojektes.

Herrn Rechtsanwalt Dennis Betrog sei herzlich für die Unterstützung bei der Betreuung des Manuskriptes gedankt.

Unser Dank gilt auch dem Verlag Mohr Siebeck, insbesondere Herrn Dr. Franz-Peter Gillig, für die herausragende Betreuung.

Den Familien der Autoren und unseren eigenen schulden wir ebenfalls Dank für ihr Verständnis und ihre Geduld.

Schließlich sind Autoren und Herausgeberinnen dankbar für Anregungen und Hinweise (lehrbuch-umwr@gmail.com), damit das Anliegen der Beteiligten, mit dem vorliegenden Lehrbuch eine Lücke in der unternehmensrechtlichen Ausbildungsliteratur zu schließen, auch stetig weiter verbessert werden kann.

Leuven/Frankfurt a. M.,
im Dezember 2014

Julia Kraft und
Julia Redenius-Hövermann

Autorenverzeichnis

Kap. 1: Dr. Julia **Kraft**, LL.M. (KU Leuven), Justizrätin, Köln

Kap. 2: Dr. Rüdiger **Haspl**, Richter am Landgericht, Berlin

Kap. 3: Prof. Dr. Dieter **Leuering**, Rechtsanwalt/Fachanwalt für Steuerrecht sowie für Handels- und Gesellschaftsrecht, Partner, Flick Gocke Schaumburg, Bonn, Honorarprofessor der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Kap. 4: Dr. Christian **Altgen**, LL.M. (Cambridge), Richter am Landgericht, Köln sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bundesgerichtshof, Karlsruhe

Kap. 5: Dr. Nikolaus **Bunting**, Rechtsanwalt, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Frankfurt a. M.

Kap. 6: Dr. Alexander **von Rummel**, LL.M. (Edinburgh), Rechtsanwalt, Partner, lindenpartners, Berlin

Kap. 7: Prof. Dr. Julia **Redenius-Hövermann**, LL.M., Professorin für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht, Frankfurt School of Finance & Management

Kap. 8: Dr. Arnulf **Reinthal**, Sachgebietsleiter für Körperschaftsteuer und Betriebsprüfung, Finanzamt Fulda

Die Ausführungen in den einzelnen Kapiteln geben ausschließlich die persönliche Auffassung des jeweiligen Autors wieder.

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 1. Auflage	V
Danksagung zur 2. Auflage	VII
Danksagung zur 1. Auflage	IX
Autorenverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV
Kapitel 1. Einführung und Grundlagen (<i>Julia Kraft</i>)	5
§ 1 Einführung	5
§ 2 Überblick über die Umwandlungsarten	22
§ 3 Umwandlungsverfahren	35
§ 4 Kontrollfragen und Lösungen	47
Kapitel 2. Die Verschmelzung (<i>Rüdiger Haspl</i>)	55
§ 1 Allgemeines	55
§ 2 Verschmelzungsverfahren	57
§ 3 Wirkung der Verschmelzung	73
§ 4 Schutz der Anteilshaber	78
§ 5 Schutz der Gläubiger	86
§ 6 Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerorganisationen	89
§ 7 Kapitalerhöhung als flankierende Maßnahme zur Verschmelzung	96
§ 8 Besondere Vorschriften bei der Verschmelzung	104
§ 9 Kontrollfragen und Lösungen	115
Kapitel 3. Die Spaltung (<i>Dieter Leuring</i>)	125
§ 1 Allgemeines	125
§ 2 Spaltungsverfahren	137
§ 3 Wirkung der Spaltung	155
§ 4 Schutz der Anteilshaber	156
§ 5 Schutz der Gläubiger	157
§ 6 Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerorganisationen	163
§ 7 Rechte und Pflichten der Organmitglieder	170
§ 8 Besondere Vorschriften bei der Spaltung	171
§ 9 Kontrollfragen und Lösungen	175

Kapitel 4. Die Vermögensübertragung (<i>Christian Altgen</i>)	179
§ 1 Allgemeines	179
§ 2 Vermögensübertragung auf die öffentliche Hand	196
§ 3 Vermögensübertragung zwischen Versicherungsunternehmen	211
§ 4 Kontrollfragen und Lösungen	218
Kapitel 5. Der Formwechsel (<i>Nikolaus Bunting</i>)	223
§ 1 Allgemeines	223
§ 2 Verfahren zum Formwechsel	231
§ 3 Schutz der Anteilsinhaber	239
§ 4 Schutz der Gläubiger	247
§ 5 Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerorganisationen	253
§ 6 Rechte und Pflichten der Organmitglieder	253
§ 7 Kontrollfragen und Lösungen	257
Kapitel 6. Grenzüberschreitende Umwandlungsvorgänge (<i>Alexander von Rummel</i>)	263
§ 1 Grundlagen	264
§ 2 Grenzüberschreitende Verschmelzung	286
§ 3 Grenzüberschreitende Spaltung	299
§ 4 Grenzüberschreitender Formwechsel (Satzungssitzverlegung)	302
§ 5 Umwandlungsvorgänge unter Beteiligung von SE oder SCE	308
§ 6 Kontrollfragen und Lösungen	316
Kapitel 7. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Umwandlungsvorgängen (<i>Julia Redenius-Hövermann</i>)	323
§ 1 Einleitung	323
§ 2 Klagen gegen die Wirksamkeit des Umwandlungsbeschlusses	323
§ 3 Freigabeverfahren	333
§ 4 Spruchverfahren	339
§ 5 Schadensersatzanspruch	369
§ 6 Sicherheitsleistung	374
§ 7 Kontrollfragen und Lösungen	375
Kapitel 8. Grundlagen des Umwandlungssteuerrechts (<i>Arnulf Reinthaler</i>)	379
§ 1 Steuerliche Grundzüge	379
§ 2 Einzelne Umwandlungsvorgänge	386
§ 3 Einbringungstatbestände	387
§ 4 Umwandlung von Körperschaften	395
§ 5 Kontrollfragen und Lösungen	403
Allgemeines Literaturverzeichnis	405
Sachregister	411

Abkürzungsverzeichnis

A.	Auflage
a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, konsolidierte Fassung vom 26.10.2012
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
arg. ex	argumentum ex
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMF-Schreiben	vom Bundesministerium der Finanzen herausgegebenes Schreiben
BR-Drs.	Drucksache des Bundesrats
BStBl	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
E	Entwurf
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation

XVI Abkürzungsverzeichnis

EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche, Neubekanntmachung vom 21.9.1994
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, Verordnung Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	folgend(e)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GenG	Genossenschaftsgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GO Bay	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
i. d. R.	in der Regel
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
KWG NRW	Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Verhinderung von Missbräuchen
Montan-MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
Montan-MitbestErgG m. w. N.	Montanmitbestimmungsergänzungsgesetz mit weiteren Nachweisen

NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung (Zeitschrift)
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht (Zeitschrift)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
RG	Reichsgericht
Rn.	Randnummer
Rz.	Randziffer
S.	Satz/Seite
SächsGemO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SCE	Europäische Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea)
SE	Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea)
sog.	sogenannte
SpruchG	Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren
TVG	Tarifvertragsgesetz
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
UG	Unternehmergesellschaft
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwBerG	Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz vom 7.12.2006
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VersorgW	Versorgungswirtschaft (Zeitschrift)
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
z. T.	zum Teil
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Zeitschrift)

Inhaltsverzeichnis Kapitel 1

Kapitel 1. Einführung und Grundlagen	5
§ 1 Einführung	5
A. Gegenstand und Funktion des Umwandlungsrechts	5
I. Gegenstand des Umwandlungsrechts	5
1. Umwandlungsrecht als Recht der Unternehmensneuorganisation	5
2. Umwandlungsrecht als Rechtsformänderungsrecht	6
II. Funktion des Umwandlungsrechts	7
1. Gesamtrechtsnachfolge	7
2. Identitätsprinzip	8
B. Geschichtliche Entwicklung und europarechtliche Vorgaben	9
I. Geschichtliche Entwicklung	9
II. Europarechtliche Vorgaben	12
1. Kapitalrichtlinie	13
2. Fusionsrichtlinie	13
3. Spaltungsrichtlinie	14
4. Internationale Verschmelzungsrichtlinie	14
5. Grenzüberschreitender Formwechsel und grenzüberschreitende Spaltung	15
C. Grundlagen des Umwandlungsgesetzes	16
I. Aufbau und Struktur	16
1. Aufbau	16
2. Gesetzssystematik	17
II. Grundbegriffe	18
1. Umwandlung	18
2. Gesamtrechtsnachfolge und partielle Gesamtrechtsnachfolge	19
3. Rechtsträger	20
4. Konzernrecht	20
III. Räumlicher Anwendungsbereich	21
IV. Zeitlicher Anwendungsbereich	21

2 Inhaltsverzeichnis Kapitel 1

§ 2 Überblick über die Umwandlungsarten	22
A. Umwandlungsarten nach dem Umwandlungsgesetz	22
I. Verschmelzung	23
II. Spaltung	23
III. Vermögensübertragung	24
IV. Formwechsel	25
V. Numerus clausus der Umwandlungsformen und Analogieverbot	25
VI. Zwingende Vorschriften	26
B. Beteiligte Rechtsträger	27
I. Verschmelzung	27
II. Spaltung	28
III. Vermögensübertragung	29
IV. Formwechsel	29
C. Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	30
I. Umwandlung nach allgemeinem Zivilrecht	31
II. Umwandlungstatbestände des Personengesellschaftsrechts 1. Identitätswahrender gesetzlicher Formwechsel	31
2. Anwachsung	33
III. Wirtschaftliche Umwandlung	33
IV. Ausstrahlungswirkung	34
§ 3 Umwandlungsverfahren	35
A. Grundphasen einer Umwandlung	35
I. Vorbereitungsphase	35
II. Beschlussphase	37
III. Vollzugsphase	38
B. Wirksamkeit und Wirkung der Umwandlung	39
I. Wirksamkeit durch Eintragung	39
II. Heilung bei Formmängel und Bestandsschutz	40
C. Schutzprinzipien	40
I. Schutz der Anteilsinhaber und Inhaber von Sonderrechten	40
1. Beschlussmehrheit	40
2. Informations- und Prüfungsrecht	41
3. Ausscheiden und Abfindung	42
4. Haftung der Organmitglieder	42
5. Schutz der Inhaber von Sonderrechten	42
6. Rechtsschutz	43
II. Schutz der Gläubiger	43
1. Sicherung der Zugriffsmasse	43
2. Sicherheitsleistung	44
3. Haftung der Organmitglieder	44
4. Kapitalschutz	45

III. Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerorganisationen	45
1. Unterrichtung	45
2. Kündigungsrechtliche Stellung	45
3. Geltung des § 613a BGB	46
4. Mitbestimmung	46
§ 4 Kontrollfragen und Lösungen	47

Kapitel 1

Einführung und Grundlagen

§ 1 Einführung

Fall 1: Die Z-AG ist ein großer Sporttextilhersteller mit Sitz in Hamburg. In den letzten Jahren ist die Nachfrage im Bereich der Outdoorbekleidung stark gestiegen. Die Z-AG möchte sich daher mit der D-AG mit Sitz in München, die sich auf die Herstellung von hochwertiger Outdoorbekleidung spezialisiert hat, zusammenschließen.

A. Gegenstand und Funktion des Umwandlungsrechts

I. Gegenstand des Umwandlungsrechts

1. Umwandlungsrecht als Recht der Unternehmensneuorganisation

Ein Unternehmen ist kein statisches Gebilde. Es ist den sich ändernden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt und unterliegt daher einem ständigen Anpassungsbedarf. In der Praxis reagieren Unternehmen bei ökonomischen oder rechtlichen Veränderungen häufig mit einer Neuorganisation ihrer Unternehmensstruktur.¹ Die hiermit verfolgten Ziele und Gründe sind vielfältig und können nicht allgemeingültig dargestellt werden (vgl. auch Kap. 3 Rn. 5 ff., Kap. 5 Rn. 19, Kap. 6 Rn. 5 f.). Sie umfassen beispielsweise:²

- Verbesserung der Marktposition und Verwirklichung von Synergievorteilen durch Zuerwerb von Unternehmen,
- Anpassung an neue Märkte und technologische Entwicklungen,
- Neuausrichtung der Unternehmensstrategie,
- Kapitalbeschaffung durch die Aufnahme von Gesellschaftern,
- Verringerung von Haftungsrisiken,
- Ermöglichung einer grenzüberschreitenden Tätigkeit,
- steuerrechtliche Optimierung,
- Bildung einer Konzernstruktur bzw. Vereinfachung der Konzernstruktur,
- Umbau des Produkt- und Lösungsportfolios,
- Bündelung von Geschäftsbereichen,

¹ Zur betriebswirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmensorganisation Limmer/*Limmer* Teil 1 Rn. 141 ff.

² Semler/Stengel/*Stengel* Einl. A Rn. 4; Limmer/*Limmer* Teil 1 Rn. 257 ff.; Kölner Komm. UmwG/*Dauner-Lieb* Einl. A Rn. 10 ff.

- Sanierungsmaßnahmen,
- Zerlegung von Unternehmen zur Vorbereitung der Veräußerung von Unternehmensteilen,
- Schaffung kleinerer, am Markt selbstständig auftretender Einheiten,
- Vermeidung von Publizitäts- und Mitbestimmungspflichten,
- Privatisierung öffentlich-rechtlich organisierter Tätigkeiten,
- Auseinandersetzung von Familienstämmen,
- Regelung der Unternehmensnachfolge, usw.

Beispiel: Die A-GmbH hat im Rahmen einer Unternehmensakquisition ein neues Unternehmen erworben. Zur Vereinheitlichung der Unternehmenskultur und zur Bildung eines einheitlichen marktstarken Unternehmens sollen die rechtlich selbstständigen Unternehmen zu einer großen Einheit verschmolzen werden. Diese Möglichkeit eröffnet das UmwG mit den Bestimmungen über die Verschmelzung (§ 2 bis § 122 UmwG).

Beispiel: Die X-GmbH betreibt in ihrem Unternehmen eine Forschungsabteilung. Aus Gründen der Risikoabgrenzung soll diese in der Form einer 100 %igen Tochtergesellschaft verselbstständigt werden. Hier stellt das UmwG mit den Regelungen der Spaltung (§ 123 bis § 173 UmwG) ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung.

2. Umwandlungsrecht als Rechtsformänderungsrecht

- 2 Das deutsche Gesellschaftsrecht stellt verschiedene Rechtsformen zur Verfügung. Grundsätzlich können sich Unternehmen nur solchen Rechtsformen bedienen, die der Gesetzgeber vorgegeben hat (*numerus clausus der Gesellschaftsformen*). In der Praxis haben sich allerdings durch die Gestaltungsfreiheit der inneren Organisation und die Kombination verschiedener Typen von Gesellschaftsformen Mischformen herausgebildet (so z. B. die GmbH & Co. KG). Es gilt der Grundsatz der Wahlfreiheit unter den vom Gesetz angebotenen Organisationsformen (*Freiheit der Typenwahl*).³ Die Entscheidungsfreiheit zwischen den verschiedenen Rechtsformen besteht dabei nicht nur bei der Gründung eines Unternehmens, sondern auch zu einem späteren Zeitpunkt.⁴ Die Gründe für einen Wechsel des gewählten „Rechtskleides“ können höchst unterschiedlich sein (vgl. Kap. 5 Rn. 19). Es kommen beispielsweise in Betracht:
- Bedürfnis, dem Unternehmen eine körperschaftliche Struktur zu geben,
 - Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen,
 - Beschaffung von Kapital über die Börse,
 - Ermöglichung einer Mitarbeiterbeteiligung,
 - steuerrechtliche Optimierung,
 - Änderung der Corporate Governance Struktur,
 - Vereinfachung der Organisationsstruktur und Einsparung von Verwaltungskosten,

³ Kölner Komm. UmwG/Dauner-Lieb Einl. A Rn. 11.

⁴ Lutter/Bayer Einl. I Rn. 1.

- Vergrößerung der Gesellschafterzahl,
- Vermeidung von Publizitäts- und Mitbestimmungspflichten,
- Anpassung an die Entwicklung im allgemeinen Gesellschaftsrecht, usw.

Beispiel: Die A-GmbH möchte ihr Unternehmen wesentlich vergrößern und benötigt hierfür Kapital. Sie möchte sich dieses durch Ausgabe von Aktien an der Börse beschaffen. Da sie in der Rechtsform der GmbH keine Aktien ausgeben kann, muss sie zunächst im Wege des sog. Formwechsels (§ 190 bis § 304 UmwG) in eine AG umgewandelt werden.

Hinweis: Das Umwandlungsrecht stellt eine Teildisziplin des Gesellschaftsrechts dar.⁵ Gegenstand des Umwandlungsrechts ist die Änderung der Unternehmens- und Konzernstruktur sowie die Änderung der Rechtsform eines Unternehmens.

II. Funktion des Umwandlungsrechts

Eine Änderung der betriebswirtschaftlichen Unternehmensstruktur lässt sich oftmals nur durch eine rechtliche Umgestaltung erreichen. Das Umwandlungsrecht gibt den Unternehmen hierzu eine einfache, kostengünstige und schnelle Möglichkeit (*Vereinfachungsfunktion des Umwandlungsrechts*). Denn die Umsetzung einer Umwandlung wird durch folgende zwei *Kernelemente des Umwandlungsrechts* erleichtert: die Gesamtrechtsnachfolge und das Identitätsprinzip. 3

1. Gesamtrechtsnachfolge

Die sog. *Gesamtrechtsnachfolge* oder Universalsukzession bewirkt, dass 4

- das Vermögen als Ganzes,
- kraft Gesetzes und
- ohne gesonderten Übertragungsakt

im maßgeblichen Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung in das Register auf den Zielrechtsträger übergeht (vgl. Kap. 2 Rn. 67 ff.).

Von der Gesamtrechtsnachfolge werden grundsätzlich *alle Vermögenspositionen*, wie insbesondere alle Aktiva und Passiva, aber auch beispielsweise analog § 857 BGB der Besitz erfasst.⁶ Einzelne Aktiva oder Passiva können von der Gesamtrechtsnachfolge nicht ausgenommen werden. Entsprechende Vereinbarungen sind nichtig. Im Falle der sog. „partiellen Gesamtrechtsnachfolge“ gehen Teile des Vermögens ohne Geltung des Spezialitätsgrundsatzes auf neue Rechtsträger über (§ 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG) (vgl. Rn. 44). 5

Der bedeutende Vorteil der Gesamtrechtsnachfolge ist der *Verzicht auf die Einhaltung der Vorschriften der Einzelübertragung*. So sind bei einer Einzelübertragung die Vermögensgegenstände im Übertragungsvertrag nach dem sachenrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz genau zu bezeichnen und einzeln nach den für sie geltenden Vorschriften zu übertragen bzw. Schulden zu übernehmen. 6

⁵ K. Schmidt GesR § 12 I. 1. a.

⁶ Henssler/Strohn/Heidinger § 20 UmwG Rn. 4.

Bei unbeweglichen Sachen müssen somit die Vorschriften der §§ 873, 925 BGB beachtet werden, während bei einem Übergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge eine bloße Grundbuchberichtigung genügt. Einer Auflassung bedarf es in diesem Fall nicht. Für die Einzelübertragung von Geschäftsanteilen ist § 15 GmbHG zu beachten und die Übernahme von Verbindlichkeiten bedarf im Falle der Einzelübertragung der Zustimmung eines jeden Gläubigers (§§ 414 ff. BGB). Im Falle der Umwandlung ist diese Zustimmung nicht erforderlich. Schließlich ist bei der Einzelübertragung zu beachten, dass die Übernahme von Verträgen im Gegensatz zu einem Umwandlungsvorgang ebenfalls der Zustimmung des Vertragspartners bedarf.

Beispiel: Es bestehen Zweifel, ob der Vermieter einer Übertragung des Mietvertrags auf einen neuen Rechtsträger zustimmt. In diesem Fall kann der Weg über das Umwandlungsrecht gewählt werden, denn hier muss der Vermieter der Vertragsübernahme nicht zustimmen.

2. Identitätsprinzip

- 7 Die Vereinfachungsfunktion des Umwandlungsrechts zeigt sich vor allem bei einem Wechsel innerhalb der Gesellschaftsformen, der durch den sog. Formwechsel herbeigeführt werden kann (vgl. Kap. 5 Rn. 1 ff.). Die maßgebliche Bestimmung findet sich in § 202 Abs. 1 Nr. 1 UmwG. Dort heißt es: Der formwechselnde Rechtsträger besteht in der in dem Umwandlungsbeschluss bestimmten Rechtsform weiter. Der Formwechsel findet also unter *Wahrung der Identität und Kontinuität des Rechtsträgers* statt. Es kommt zu keiner Vermögensübertragung (vgl. Kap. 5 Rn. 4 ff.). Dies hat den Vorteil, dass der kostspielige und zeitaufwendige Umweg über eine Neugründung der angestrebten Gesellschaftsform, die Übertragung des Vermögens im Wege der Einzelrechtsnachfolge und die anschließende Liquidation des alten Rechtsträgers vermieden wird.
- 8 Die Identität des Rechtsträgers hat ferner zur Folge, dass regelmäßig eine *Anteilsidentität* besteht.⁷ Die Anteilsinhaber des formwechselnden Rechtsträgers sind grundsätzlich an dem Rechtsträger nach den für die neue Rechtsform geltenden Vorschriften beteiligt. Auch Rechte Dritter an den Anteilen oder Mitgliedschaften des formwechselnden Rechtsträgers bestehen an den an ihre Stelle tretenden Anteilen oder Mitgliedschaften des Rechtsträgers neuer Rechtsform weiter (§ 202 Abs. 1 Nr. 2 UmwG) (vgl. Kap. 5 Rn. 6).
- 9 Das Identitätsprinzip gilt jedoch nicht im Hinblick auf die *Organstellung von Geschäftsführern und Vorständen* des formwechselnden Rechtsträgers. Diese endet automatisch mit dem Wirksamwerden des Formwechsels.⁸ Allerdings bleiben die Anstellungsverträge auch nach Eintragung des Formwechsels im Register bestehen. Sie müssen gegebenenfalls nach den allgemeinen Regeln beendet werden (zur Kontinuität des Aufsichtsrats, vgl. Kap. 5 Rn. 75 ff.).

⁷ K. Schmidt GesR § 13 II. 1. d.

⁸ Sagasser/Bula/Brünger/Schmidt § 6 Rn. 57.

Hinweis: Dem Umwandlungsrecht kommt in erster Linie eine Vereinfachungsfunktion zu.⁹ Unternehmen sollen sich ohne bürokratische Hemmnisse flexibel und kostensparend umstrukturieren können. Dies wird durch die Technik der Gesamtrechtsnachfolge und durch das Identitätsprinzip erreicht.

B. Geschichtliche Entwicklung und europarechtliche Vorgaben

I. Geschichtliche Entwicklung

Das heute geltende Umwandlungsgesetz (UmwG) ist seit 1.1.1995 in Kraft. Es wurde durch das Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsgesetzes (UmwBerG)¹⁰ kodifiziert, das die in verschiedenen Gesetzen geregelten Umwandlungsmöglichkeiten in einem Gesetz zusammenführte und die Materie grundlegend neu gestaltete. Bereits im Jahr 1980 wurde anlässlich der GmbH-Novelle die Notwendigkeit einer solchen Reform einstimmig angeregt.¹¹

Die umwandlungsrechtlichen Regelungen reichen jedoch sehr viel weiter zurück.¹² So regelte bereits das ADHGB von 1861 die Verschmelzung von Aktiengesellschaften. Durch eine Novelle des ADHGB von 1884 wurde der Formwechsel einer KGaA in eine AG eröffnet. Das GmbHG von 1892 gestattete sodann die Umwandlung einer AG in eine GmbH durch Gesamtrechtsnachfolge des Vermögens der AG auf die GmbH. Durch das Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften von 1934¹³ wurde schließlich die Möglichkeit eröffnet, eine Kapitalgesellschaft „auf“ eine Personengesellschaft umzuwandeln oder sie durch Vermögensübertragung auf ihren Alleingesellschafter umzuwandeln. Das AktG von 1937 kodifizierte neben der Verschmelzung von Kapitalgesellschaften umfänglich die formwechselnde Umwandlung von Kapitalgesellschaften in andere Kapitalgesellschaften. Weitere Umwandlungsarten wurden durch das Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften von 1956¹⁴ geschaffen. Es regelte die übertragende Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften auf eine Personengesellschaft oder auf einen Gesellschafter. Erst durch das Umwandlungsgesetz von 1969¹⁵ wurde der umgekehrte Fall, also die Übertragung von der Personengesellschaft oder vom Einzelkaufmann auf eine Kapitalgesellschaft normiert. Die GmbH-Novelle von 1980¹⁶ führte die Ein-Mann-Gründung einer

⁹ K. Schmidt GesR § 12 I. 5. b.

¹⁰ BGBl. I 1994 3210.

¹¹ BT-Drs. 8/3908, 77.

¹² Weiterführend Kölner Komm. UmwG/Flume Einl. B Rn. 8 ff.

¹³ RGBl. I 569.

¹⁴ BGBl. I 1956 844.

¹⁵ BGBl. I 1969 2081.

¹⁶ BGBl. I 1980 836.

GmbH und die Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns durch Übertragung des Vermögens auf eine GmbH ein. Mit dem Verschmelzungsrichtliniengesetz von 1982¹⁷ wurde schließlich die Dritte gesellschaftsrechtliche Richtlinie 78/855/EWG (Fusionsrichtlinie), deren Regelungen sich heute in Art. 87 bis Art. 117 der Richtlinie (EU) 2017/1132 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (EU-GesR-RL; auch sog. Gesellschaftsrechtsrichtlinie)¹⁸ befinden (vgl. Rn. 16, 18) in das deutsche Recht umgesetzt.

12 Mit der deutschen Wiedervereinigung mussten die Unternehmensformen der DDR in die Rechtsformen der Bundesrepublik Deutschland überführt werden. Durch das Treuhandgesetz¹⁹ wurde die Umwandlung der volkseigenen Wirtschaftseinheiten in Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung festgelegt (§§ 11 ff. TreuhandG). Für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) eröffnete das Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAnpG)²⁰ die Möglichkeit des Formwechsels, der Fusion und der Teilung. Durch das Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen (SpTrUG)²¹ konnten die durch das TreuhandG entstandenen Kapitalgesellschaften auf- oder abgespalten werden (vgl. Kap. 3 Rn. 46 f.).

13 Bis zu diesem Zeitpunkt waren die umwandlungsrechtlichen Vorschriften unübersichtlich in zahlreichen Gesetzen verteilt, die Bestimmungen in vielen Punkten uneinheitlich und die Gesetzestechnik variierte.²² Die Rechtsanwendung war dadurch erheblich erschwert. Mit dem am 1.1.1995 in Kraft getretenen UmwBerG²³ hat der Gesetzgeber das Umwandlungsrecht daher grundlegend reformiert. Die auf verschiedene Gesetze verteilten Umwandlungsmöglichkeiten wurden zu einer geschlossenen Normierung zusammengeführt und bestehende Lücken geschlossen. Daneben führte das Gesetz allgemein die Möglichkeit der Spaltung von Rechtsträgern ein, welche bislang nur für den Sonderbereich der Umstrukturierung in den neuen Ländern zur Verfügung stand (vgl. Rn. 12).

14 Das UmwBerG verfolgte *drei Ziele*:

- die Zusammenfassung und Systematisierung der schon bestehenden Umwandlungsmöglichkeiten (Rechtsbereinigung),
- die Schließung gesetzlicher Lücken und die Erweiterung der Möglichkeiten zur Umstrukturierung und

¹⁷ BGBl. I 1982 1425.

¹⁸ ABl. 2017 L 169, 46.

¹⁹ Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens vom 17.6.1990, GBl. DDR 1990 I 300.

²⁰ BGBl. I 1991 1418.

²¹ BGBl. I 1991 854.

²² Limmer/Limmer Teil 1 Rn. 3.

²³ Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsgesetzes vgl. Sagasser/Bula/Brünger/Sagasser § 1 Rn. 2 f.; K. Schmidt GesR § 12 II. 4; Limmer UmwR S. 8 ff.; Semler/Stengel/Stengel Einl. A Rn. 29 ff.

Sachregister

Abfindungsangebot

- Barabfindungsangebot Kap. 1 Rn. 123; Kap. 2 Rn. 34, 96 ff., 206, 209, 215; Kap. 3 Rn. 127; Kap. 5 Rn. 51 f.; Kap. 6 Rn. 70
- Inhalt des Anspruchs Kap. 2 Rn. 101
- Klageausschluss/Spruchverfahren Kap. 2 Rn. 105; Kap. 7 Rn. 70
- Prüfung Kap. 2 Rn. 102, 216; Kap. 7 Rn. 70

Abspaltung

- (zur) Aufnahme Kap. 3 Rn. 22
- Begriffsbestimmung Kap. 1 Rn. 56; Kap. 3 Rn. 16 ff.
- Behandlung vergessener Aktiva und Passiva Kap. 3 Rn. 87
- Beibehaltung der Mitbestimmung Kap. 1 Rn. 138; Kap. 3 Rn. 177 ff.
- grenzüberschreitende Kap. 1 Rn. 23, 47; Kap. 3 Rn. 66; Kap. 6 Rn. 97 ff.
- (zur) Neugründung Kap. 3 Rn. 23
- spaltungsfähige Rechtsträger Kap. 1 Rn. 77 ff.; Kap. 3 Rn. 53 ff.

Amtsermittlung Spruchverfahren Kap. 7 Rn. 117 ff.

Analogieverbot des UmwG Kap. 1 Rn. 62; Kap. 4 Rn. 30

Anfechtungsklage

- Anspruchsgegner Kap. 7 Rn. 15 ff.
- Antragsberechtigte Kap. 7 Rn. 15 ff.
- Begründetheit der Klage Kap. 7 Rn. 27 ff.
- Fristen Kap. 7 Rn. 31 ff.
- Klageausschluss Kap. 7 Rn. 36 ff.
- Rechtskraftwirkung Kap. 7 Rn. 41 ff.
- Rechtsmittel Kap. 7 Rn. 41 ff.
- Registersperre Kap. 1 Rn. 109 f.
- Zulässigkeitsvoraussetzungen Kap. 7 Rn. 12 ff.

angemessene Barabfindung

- Prüfung der Angemessenheit Kap. 2 Rn. 102, 216; Kap. 7 Rn. 70

Anmeldung

- Spaltung Kap. 1 Rn. 109; Kap. 3 Rn. 110 ff.
- Verschmelzung Kap. 1 Rn. 109; Kap. 2 Rn. 55 ff., 62 f., 197, 199, 203

Anstellungsverträge der Vorstände bzw.

Geschäftsführer Kap. 1 Rn. 9; Kap. 2 Rn. 72, 130

Anteilsauswechslung Kap. 2 Rn. 80 f.

Anteilserwerb Kap. 2 Rn. 19, 80, 98, 156

Anteilsgewährung Kap. 1 Rn. 42, 59, 87; Kap. 2 Rn. 3, 153 f., 208; Kap. 3 Rn. 35 f.; Kap. 4 Rn. 35, 39 f.

Anteilsinhaber

- individueller Schutz Kap. 2 Rn. 89 ff.
- institutioneller Schutz Kap. 2 Rn. 85 ff.
- Schutz Kap. 1 Rn. 118 ff.; Kap. 2 Rn. 84 ff.; Kap. 3 Rn. 125 ff.; Kap. 4 Rn. 93 f., 104 f.; Kap. 5 Rn. 40 ff.

Anteilstausch Kap. 1 Rn. 54; Kap. 2

Rn. 20, 80; Kap. 3 Rn. 103; Kap. 4 Rn. 75, 86; Kap. 8 Rn. 10, 15, 45

Anwachsung Kap. 1 Rn. 42, 94; Kap. 6 Rn. 92, 96

Arbeitnehmer

- Beibehaltung der Mitbestimmung Kap. 1 Rn. 138; Kap. 2 Rn. 152; Kap. 3 Rn. 177
- kündigungsrechtliche Stellung Kap. 1 Rn. 136; Kap. 2 Rn. 131, 136, 140; Kap. 3 Rn. 155
- Schutz bei Spaltung Kap. 1 Rn. 136; Kap. 3 Rn. 154 ff.

aufgelöste Rechtsträger Kap. 1 Rn. 75,

79, 85; Kap. 2 Rn. 8, 179; Kap. 3 Rn. 56; Kap. 4 Rn. 33

Aufspaltung

– Begriff Kap. 1 Rn. 56; Kap. 3 Rn. 13 ff.

Ausgangsrechtsträger

– bei Formwechsel Kap. 1 Rn. 84;
Kap. 5 Rn. 8 f.

Ausgliederung

– Begriff Kap. 1 Rn. 56; Kap. 3 Rn. 19 ff.

*Ausgliederung aus dem Vermögen
von Gebietskörperschaften* Kap. 3
Rn. 208 ff.; Kap. 4 Rn. 56

*Ausgliederung des Vermögens eines Ein-
zelkaufmanns* Kap. 1 Rn. 129; Kap. 3
Rn. 61, 203 ff.; Kap. 5 Rn. 12

ausländischer Rechtsträger

– mit Verwaltungssitz im Inland Kap. 3
Rn. 66; Kap. 6 Rn. 22 f., 55

Ausschlussfrist Kap. 2 Rn. 117

Barabfindung

– Angebot Kap. 1 Rn. 123; Kap. 2
Rn. 34, 96 ff., 206, 209, 215; Kap. 3
Rn. 127; Kap. 5 Rn. 51 f.; Kap. 6
Rn. 70

– gerichtliche Nachprüfung Kap. 1
Rn. 124; Kap. 2 Rn. 105; Kap. 7
Rn. 70

– Widerspruch zur Niederschrift
Kap. 1 Rn. 124; Kap. 2 Rn. 98 f., 104;
Kap. 3 Rn. 127; Kap. 5 Rn. 51; Kap. 7
Rn. 82

bare Zuzahlung Kap. 1 Rn. 121, 127;
Kap. 2 Rn. 19 f. 47, 112 ff., 162, 193;
Kap. 3 Rn. 80; Kap. 5 Rn. 57, 67;
Kap. 7 Rn. 70, 125

Baukastenprinzip Kap. 1 Rn. 32; Kap. 4
Rn. 95; Kap. 8 Rn. 12

Beherrschungsvertrag Kap. 1 Rn. 46;
Kap. 3 Rn. 178, 180

Bestimmtheitsgrundsatz Kap. 1 Rn. 6,
88; Kap. 3 Rn. 83; Kap. 4 Rn. 98

Betrieb

– Begriff Kap. 2 Rn. 145

Betriebsrat

– Beteiligung Kap. 1 Rn. 106, 134;
Kap. 2 Rn. 22, 58, 142 ff.; Kap. 3
Rn. 114, 157 ff., 169; Kap. 5 Rn. 24,
74; Kap. 6 Rn. 73

– Übergangsmandat bei Betriebsaufspal-
tung Kap. 1 Rn. 139; Kap. 3 Rn. 155

Betriebsübergang Kap. 1 Rn. 137; Kap. 2
Rn. 127 ff., 136, 151; Kap. 3 Rn. 164 ff.

Beurkundung Kap. 1 Rn. 115; Kap. 2

Rn. 24, 30, 82; Kap. 3 Rn. 43, 93, 124;
Kap. 4 Rn. 77, 82, 91 f.; Kap. 5 Rn. 45;
Kap. 6 Rn. 47, 71; Kap. 7 Rn. 61

Beurkundungsmängel

– Heilung Kap. 1 Rn. 115; Kap. 2
Rn. 82; Kap. 4 Rn. 91 f.

Brexit Kap. 1 Rn. 15; Kap. 6 Rn. 41,
42a ff., 65a, 85

Buchwert Kap. 5 Rn. 73; Kap. 8 Rn. 5 ff.,
24 f., 40, 44 f., 49, 57 f., 64, 74

Buchwertansatz Kap. 8 Rn. 6

Buchwertfortführung Kap. 3 Rn. 31;
Kap. 8 Rn. 6, 8, 24, 27, 32, 48, 64

Company Law Package Kap. 1 Rn. 15,
23, 47; Kap. 3 Rn. 15a; Kap. 6 Rn. 15a

Diskontinuität der Rechtsordnung
Kap. 5 Rn. 7

doppelte Buchwertverknüpfung Kap. 8
Rn. 46

Dreitakt der Umwandlung Kap. 1 Rn. 99

*Drittes Gesetz zur Änderung des Um-
wandlungsgesetzes* Kap. 1 Rn. 15;
Kap. 2 Rn. 194

Einbringung Kap. 8 Rn. 22 f., 27, 32, 37,
43, 45, 46 ff., 53

eingetragener Verein Kap. 1 Rn. 71;
Kap. 2 Rn. 6, 36; Kap. 3 Rn. 54, 61

Eintragung

– Wirkungen Kap. 1 Rn. 112 ff.; Kap. 2
Rn. 66 ff., 82; Kap. 3 Rn. 121 ff.;
Kap. 4 Rn. 91, 102 f.; Kap. 5 Rn. 38;
Kap. 7 Rn. 47

Einzelkaufmann Kap. 1 Rn. 11, 129;
Kap. 3 Rn. 61, 203 ff.; Kap. 5 Rn. 9

Einzeltheorie Kap. 6 Rn. 43 ff.

Entwicklung des Umwandlungsgesetzes
Kap. 1 Rn. 10 ff.

Erbengemeinschaft Kap. 1 Rn. 73; Kap. 2
Rn. 9; Kap. 5 Rn. 9

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Kap. 1 Rn. 70; Kap. 2 Rn. 6, 195;
Kap. 3 Rn. 62, 199; Kap. 5 Rn. 17;
Kap. 6 Rn. 2, 9 ff., 123; Kap. 8 Rn. 20

- Europäische Genossenschaft (SCE)*
Kap. 1 Rn. 71; Kap. 3 Rn. 62 ff.; Kap. 5 Rn. 17; Kap. 6 Rn. 4, 9 ff., 28, 119, 123 ff., 128 ff., 138 ff.
- Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)* Kap. 1 Rn. 70; Kap. 2 Rn. 6; Kap. 5 Rn. 8
- europarechtliche Vorgaben* Kap. 1 Rn. 16 ff.; Kap. 4 Rn. 29
- Feststellungsklage*
– Anspruchsgegner Kap. 7 Rn. 23
– Antragsberechtigte Kap. 7 Rn. 20
– Rechtskraftwirkung Kap. 7 Rn. 43
– Registersperre Kap. 7 Rn. 40
– Zuständigkeit Kap. 7 Rn. 14
- Firma* Kap. 1 Rn. 89 f.; Kap. 2 Rn. 19, 61; Kap. 3 Rn. 61, 76, 88, 150 f., 205; Kap. 4 Rn. 74; Kap. 5 Rn. 6, 32
- Firmenfortführung* Kap. 2 Rn. 61; Kap. 5 Rn. 6
- Formwechsel*
– Anmeldung Kap. 5 Rn. 34 ff.
– Arbeitnehmer Kap. 5 Rn. 74
– Arbeitnehmervertretung Kap. 5 Rn. 74
– Aufsichtsratsmitglieder Kap. 5 Rn. 75 ff.
– Barabfindungsangebot Kap. 5 Rn. 51 ff.
– bare Zuzahlung Kap. 5 Rn. 57
– Bekanntmachung Kap. 5 Rn. 39
– Eintragung Kap. 5 Rn. 38
– Gläubigerschutz Kap. 5 Rn. 60 ff.
– grenzüberschreitender Kap. 1 Rn. 22 f.; Kap. 6 Rn. 14, 15 ff., 53 f., 109 ff.
– Gründungsrecht Kap. 5 Rn. 58 f., 66 ff.
– Identitätsprinzip Kap. 1 Rn. 7 ff.; Kap. 5 Rn. 4 ff.
– isolierte Satzungssitzverlegung Kap. 6 Rn. 27a, 54, 115 f.
– Kapitalschutz Kap. 5 Rn. 71 ff.
– Motive Kap. 1 Rn. 2; Kap. 5 Rn. 19
– Nachhaftung Kap. 5 Rn. 63 ff.
– Rechtsträger, beteiligte Kap. 1 Rn. 83 ff.; Kap. 5 Rn. 8 ff.
– Schadensersatz Kap. 5 Rn. 81 ff.
- Schutz der Anteilseinhaber Kap. 5 Rn. 40 ff.
– Sicherheitsleistung Kap. 5 Rn. 39, 60 f.
– Sonderrechtsinhaber Kap. 5 Rn. 62
– Umwandlungsbericht Kap. 5 Rn. 22 ff.
– Umwandlungsbeschluss Kap. 5 Rn. 26 ff., 32 f.
– Verfahren Kap. 5 Rn. 20 ff.
– Vollziehung Kap. 5 Rn. 34 ff.
– Zustimmungserfordernisse Kap. 5 Rn. 29 ff., 41 ff.
- Fortsetzung aufgelöster Rechtsträger*
Kap. 1 Rn. 75, 85; Kap. 2 Rn. 8; Kap. 3 Rn. 56; Kap. 4 Rn. 33
- Freigabeverfahren*
– Gang des Verfahrens Kap. 7 Rn. 49 ff.
– materiell-rechtliche Voraussetzungen Kap. 7 Rn. 52 ff.
– Mindestbetrag Kap. 7 Rn. 56 ff.
– Rechtsfolgen Kap. 7 Rn. 62 ff.
– Vollzugsinteresse Kap. 7 Rn. 59 ff.
– Zuständigkeit Kap. 7 Rn. 49
- Fusionsrichtlinie* Kap. 1 Rn. 11, 16, 18 f.; Kap. 4 Rn. 29
- Gebietskörperschaften* Kap. 1 Rn. 79, 80 f.; Kap. 3 Rn. 45, 55, 208 ff.; Kap. 4 Rn. 30, 55, 64
- gemeiner Wert* Kap. 8 Rn. 50
- gemeinsamer Vertreter* Kap. 7 Rn. 91 ff., 112 ff., 137 f., 141, 144, 155
- genossenschaftliche Prüfungsverbände*
Kap. 2 Rn. 6, 85; Kap. 3 Rn. 54, 190
- Genussrechte* Kap. 1 Rn. 126; Kap. 2 Rn. 19; Kap. 3 Rn. 141; Kap. 5 Rn. 32, 62
- Gesamtrechtsnachfolge*
– Begriff Kap. 1 Rn. 4 ff., 43; Kap. 2 Rn. 67 ff.
– Grundbuchberichtigung Kap. 1 Rn. 6
– partielle Kap. 1 Rn. 43 f., 58; Kap. 3 Rn. 9, 32 ff.; Kap. 4 Rn. 17 f., 20, 53, 103
– Umfang Kap. 1 Rn. 5, 43 f.; Kap. 2 Rn. 68 ff.
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts* Kap. 1 Rn. 73, 84, 89, 94; Kap. 2 Rn. 9, 70; Kap. 3 Rn. 67; Kap. 5 Rn. 10 f., 17, 28, 54

- Gesellschaftsrechtsrichtlinie* Kap. 1 Rn. 11; Kap. 6 Rn. 14, 62, 65a, 66
- Gesetzessystematik* Kap. 1 Rn. 32 ff.; Kap. 2 Rn. 11 ff., 154 f.; Kap. 4 Rn. 3 f.
- Gläubigerschutz* Kap. 1 Rn. 14, 66, 116, 128 ff.; Kap. 2 Rn. 23, 33, 60, 116 ff., 153, 159; Kap. 3 Rn. 129 ff.; Kap. 4 Rn. 9, 93, 104; Kap. 5 Rn. 60 ff.; Kap. 6 Rn. 44, 79 f., 136; Kap. 7 Rn. 182
- grenzüberschreitende Umwandlung*
- Company Law Package Kap. 1 Rn. 15, 23, 47; Kap. 3 Rn. 15a; Kap. 6 Rn. 15a
 - Niederlassungsfreiheit Kap. 1 Rn. 23, 47; Kap. 6 Rn. 7, 16 ff., 39, 50 ff., 88, 99, 112 ff., 149
 - Vereinigungstheorie Kap. 6 Rn. 43 ff., 50, 56, 59, 61, 63, 65, 95, 98, 108, 111, 117, 122
- grenzüberschreitende Verschmelzung*
- Abfindungsangebot Kap. 6 Rn. 70
 - Arbeitnehmermitbestimmung Kap. 1 Rn. 140; Kap. 6 Rn. 82 ff.
 - außereuropäische Verschmelzung Kap. 6 Rn. 93 ff.
 - Brexit Kap. 1 Rn. 15; Kap. 6 Rn. 41, 42a ff., 65a, 85
 - Company Law Package Kap. 1 Rn. 15, 23, 47; Kap. 6 Rn. 15a
 - Durchführung Kap. 6 Rn. 66 ff.; 76 ff., 89 ff.
 - Gläubigerschutz Kap. 6 Rn. 79 f.
 - persönlicher Anwendungsbereich Kap. 6 Rn. 65
 - sachlicher Anwendungsbereich Kap. 6 Rn. 63 f.
 - Umtauschverhältnis Kap. 6 Rn. 69
 - Verschmelzungsbericht Kap. 6 Rn. 73
 - Verschmelzungsplan Kap. 6 Rn. 67 ff.
 - Verschmelzungsprüfung Kap. 6 Rn. 74 ff.
 - Zulässigkeit Kap. 6 Rn. 63, 65 f., 86 ff.
- Gründungsbericht* Kap. 3 Rn. 106, 196 f.; Kap. 5 Rn. 25, 58, 69, 73
- Gründungsprüfung* Kap. 2 Rn. 177; Kap. 3 Rn. 106, 197; Kap. 5 Rn. 25, 69, 73
- Gründungstheorie* Kap. 6 Rn. 32 ff., 37, 40, 42, 60
- Gründungsvorschriften* Kap. 1 Rn. 17; Kap. 2 Rn. 12, 63, 155; Kap. 3 Rn. 60, 104 ff.; Kap. 5 Rn. 58, 66 ff.; Kap. 6 Rn. 6, 21
- Haftung*
- Firmenübernahme bei Spaltung Kap. 3 Rn. 150 f.
 - gesamtschuldnerische Haftung bei Spaltung Kap. 1 Rn. 129; Kap. 3 Rn. 130 ff., 174
 - Organhaftung Kap. 2 Rn. 89 ff., 116, 122 ff.; Kap. 3 Rn. 126, 129, 148, 183 ff.
- Heilung*
- von Mängeln Kap. 1 Rn. 115; Kap. 2 Rn. 82; Kap. 3 Rn. 124; Kap. 4 Rn. 91 f., 102; Kap. 5 Rn. 38, 50
- Identitätsprinzip* Kap. 1 Rn. 7 ff.; Kap. 2 Rn. 20; Kap. 5 Rn. 4 ff.
- Kapitalerhaltungsvorschriften* Kap. 1 Rn. 130; Kap. 5 Rn. 60
- Kapitalerhöhung*
- Kapitalerhöhungsbeschluss Kap. 2 Rn. 165
 - Kapitalerhöhungsverbot Kap. 2 Rn. 154, 156
 - Kapitalerhöhungswahlrecht Kap. 2 Rn. 154, 157 ff.
- Kapitalrichtlinie* Kap. 1 Rn. 17
- Kettenumwandlung* Kap. 3 Rn. 57 f.
- Konzernrecht*
- Begriff Kap. 1 Rn. 46
- Konzernverschmelzung*
- Entbehrlichkeit des Verschmelzungsbeschlusses Kap. 1 Rn. 15; Kap. 2 Rn. 195 ff., 204 f.; Kap. 6 Rn. 81
 - Hinweispflichten Kap. 2 Rn. 201 ff.
 - Minderheit Kap. 2 Rn. 198 f.
 - Squeeze-out Kap. 1 Rn. 15; Kap. 2 Rn. 206 ff.
- Kündigung* Kap. 1 Rn. 136; Kap. 2 Rn. 73, 120, 131, 136, 140; Kap. 3 Rn. 90, 155, 170, 172; Kap. 4 Rn. 113

- Mehrstaatlichkeit* Kap. 6 Rn. 128, 130, 135, 144
- Mitbestimmung*
- Beibehaltung bei Abspaltung und Ausgliederung Kap. 1 Rn. 138; Kap. 3 Rn. 177 ff.
- Mitunternehmeranteil* Kap. 8 Rn. 10, 32 ff.
- Mobilitätsrichtlinie* Kap. 1 Rn. 23; Kap. 3 Rn. 66; Kap. 6 Rn. 15, 53 f., 62, 65a, 70, 81, 99, 103, 105a, 119, 125
- mündliche Verhandlung Spruchverfahren* Kap. 7 Rn. 115 ff.
- Nachgründung* Kap. 2 Rn. 174 ff.; Kap. 3 Rn. 59; Kap. 5 Rn. 69
- Nachhaftung* Kap. 2 Rn. 186; Kap. 3 Rn. 132, 174; Kap. 5 Rn. 63 ff.
- natürliche Person* Kap. 1 Rn. 74; Kap. 2 Rn. 2, 79, 217 f.; Kap. 3 Rn. 205; Kap. 8 Rn. 9, 23, 49, 56 ff.
- Negativklärung* Kap. 1 Rn. 109 f.; Kap. 2 Rn. 56 f.; Kap. 3 Rn. 115 ff.; Kap. 4 Rn. 89; Kap. 7 Rn. 40
- Nichtigkeitsklage*
- Inhalt Kap. 2 Rn. 113; Kap. 7 Rn. 2, 7 ff.
 - Rechtskraftwirkung Kap. 7 Rn. 41 ff.
- nicht-verhältniswahrende Spaltung* Kap. 3 Rn. 37 ff.
- Niederlassungsfreiheit*
- Bedeutung für grenzüberschreitende Umwandlung Kap. 6 Rn. 39 ff.
 - Begriff und Inhalt Kap. 6 Rn. 7, 16 ff.
- notarielle Beurkundung* Kap. 1 Rn. 115; Kap. 2 Rn. 24, 30, 82; Kap. 3 Rn. 43, 93, 124; Kap. 4 Rn. 61, 82, 91 f.; Kap. 5 Rn. 45; Kap. 6 Rn. 47, 71, 78; Kap. 7 Rn. 61
- numerus clausus der Umwandlungsarten* Kap. 1 Rn. 62 ff., 86; Kap. 3 Rn. 67; Kap. 4 Rn. 32; Kap. 5 Rn. 16
- Organhaftung* Kap. 2 Rn. 89 ff., 122 ff.; Kap. 3 Rn. 126, 129 ff., 148 f., 183 ff.
- Prüfungsbericht* Kap. 1 Rn. 105; Kap. 2 Rn. 13, 36 ff., 210; Kap. 3 Rn. 103; Kap. 4 Rn. 81; Kap. 6 Rn. 74; Kap. 7 Rn. 28, 111
- Rechtsträger mit Sitz im Inland* Kap. 1 Rn. 47; Kap. 6 Rn. 24, 55, 86, 94
- Regelungsbereich des Umwandlungssteuergesetzes siehe Umwandlungssteuergesetz*
- Restrukturierungsgesetz* Kap. 3 Rn. 48
- Sachgründungsbericht* Kap. 3 Rn. 106, 196 f.; Kap. 5 Rn. 69
- Sanierungs- und Abwicklungsgesetz* Kap. 3 Rn. 49
- Schadensersatzansprüche* Kap. 1 Rn. 111; Kap. 2 Rn. 44, 89 ff., 121 ff., 139; Kap. 3 Rn. 187 ff.; Kap. 4 Rn. 38; Kap. 5 Rn. 39, 85; Kap. 6 Rn. 24, 55, 86, 94; Kap. 7 Rn. 31, 62 ff., 164 ff.
- Schadensersatzpflicht siehe Schadensersatzansprüche*
- der Verwaltungsträger des übertragenden Rechtsträgers Kap. 2 Rn. 89 ff.; Kap. 7 Rn. 164 ff.
 - des Verwaltungsträgers des übernehmenden Rechtsträgers Kap. 2 Rn. 122 ff.; Kap. 7 Rn. 168 ff.
- Sicherheitsleistung* Kap. 1 Rn. 131; Kap. 2 Rn. 117 ff.; Kap. 3 Rn. 135 ff., 153; Kap. 4 Rn. 93; Kap. 5 Rn. 39, 69; Kap. 6 Rn. 136; Kap. 7 Rn. 182 ff.
- Sitztheorie* Kap. 6 Rn. 22, 32 ff.
- Sitzverlegung* Kap. 1 Rn. 22 f.; Kap. 6 Rn. 15, 25 f., 109 ff., 120 ff.
- Sonderbetriebsvermögen* Kap. 8 Rn. 35 f.
- Sonderrechte*
- Schutz der Inhaber Kap. 2 Rn. 126; Kap. 3 Rn. 141 f.
 - Verwässerungsschutz Kap. 4 Rn. 76
- Spaltung*
- Ablauf Kap. 3 Rn. 69 ff.
 - Aktiva Kap. 3 Rn. 82 ff.
 - Anteilsgewährung Kap. 3 Rn. 35 f.
 - arbeitsrechtliche Folgen Kap. 3 Rn. 154 ff.
 - Aufteilung der Anteile Kap. 3 Rn. 80, 92
 - „Bad Banks“ Kap. 3 Rn. 48 ff.
 - „Carve out“ Kap. 3 Rn. 5
 - Eintragung Kap. 3 Rn. 110 ff.
 - Formen Kap. 3 Rn. 11 ff.

- Gläubigerschutz Kap. 3 Rn. 129 ff., 152 ff.
- grenzüberschreitende Spaltung Kap. 1 Rn. 23, 47; Kap. 3 Rn. 66; Kap. 6 Rn. 14, 15 ff., 53 f., 85 ff., 97 ff.
- Gründungsrecht Kap. 3 Rn. 104 ff.
- Haftung *siehe Organhaftung und Schadensersatzanspruch*
- Kombinationen Kap. 3 Rn. 24
- nicht-verhältnismäßige Spaltung Kap. 3 Rn. 37 ff.
- Passiva Kap. 3 Rn. 82 ff.
- Schutz der Anteilsinhaber Kap. 3 Rn. 125 ff.
- Schutz der Inhaber von Sonderrechten Kap. 3 Rn. 141 f.
- spaltungsfähige Rechtsträger Kap. 3 Rn. 53 ff.
- „Spin off“ Kap. 3 Rn. 5
- Teilübertragung Kap. 3 Rn. 45
- Verfahren Kap. 3 Rn. 53 ff.
- Wirkungen Kap. 3 Rn. 121 ff.
- wirtschaftlicher Hintergrund Kap. 1 Rn. 1; Kap. 3 Rn. 5 ff.
- Spaltungsbericht*
 - Inhalt Kap. 3 Rn. 96 ff.
 - Verzicht Kap. 3 Rn. 102
- Spaltungsbeschluss* Kap. 3 Rn. 107 ff.
- Spaltungsplan* Kap. 1 Rn. 101; Kap. 3 Rn. 70 ff.
- Spaltungsprüfung* Kap. 3 Rn. 103 ff.
- Spaltungsstichtag* Kap. 3 Rn. 79
- Spaltungsvertrag*
 - Begriff Kap. 3 Rn. 71 ff.
 - Bezeichnung und Aufteilung der Gegenstände Kap. 3 Rn. 82 ff.
 - Form Kap. 3 Rn. 93 ff.
 - Inhalt Kap. 3 Rn. 74 ff.
 - Mindestangaben Kap. 3 Rn. 76 ff.
- Spruchverfahren*
 - Ablauf Kap. 7 Rn. 65 ff.
 - Amtsermittlung Kap. 7 Rn. 118
 - Antrag Kap. 7 Rn. 102
 - Antragsbegründung Kap. 7 Rn. 105 f.
 - Antragsberechtigung Kap. 2 Rn. 113, 118; Kap. 7 Rn. 81 ff.
 - Antragsfrist Kap. 7 Rn. 103 ff.
 - Antragsgegner Kap. 7 Rn. 89 ff.
 - außergerichtliche Kosten Kap. 7 Rn. 163
 - Entscheidung des Gerichts Kap. 7 Rn. 125 ff.
 - gemeinsamer Vertreter *siehe dort*
 - Inter omnes-Wirkung Kap. 7 Rn. 128, 144, 159
 - Kosten Kap. 7 Rn. 162 f.
 - Leistungsklage Kap. 7 Rn. 159 ff.
 - mündliche Verhandlung Kap. 7 Rn. 115 ff.
 - Nachweis der Aktionärsstellung Kap. 7 Rn. 87 f.
 - Neuordnung des Verfahrens Kap. 1 Rn. 15
 - Rechtsmittel Kap. 7 Rn. 130 ff.
 - Replik Kap. 7 Rn. 112 f.
 - sachverständiger Prüfer Kap. 7 Rn. 122 ff.
 - sofortige Beschwerde Kap. 7 Rn. 97
 - Vergleich Kap. 7 Rn. 154 ff.
 - Voraussetzungen Kap. 2 Rn. 105; Kap. 4 Rn. 43, 94, 105, 121; Kap. 5 Rn. 56 f.; Kap. 7 Rn. 68 ff.
 - Zuständigkeit Kap. 7 Rn. 73 ff.
- steuerliche Schlussbilanz* Kap. 8 Rn. 44, 64, 66
- Steuerneutralität* Kap. 8 Rn. 5
- stille Reserven* Kap. 8 Rn. 7 f.
- Tarifverträge* Kap. 1 Rn. 139; Kap. 2 Rn. 134 f.
- Teilbetrieb* Kap. 3 Rn. 9, 31; Kap. 8 Rn. 10, 32 ff.
- Teilübertragung* Kap. 1 Rn. 50, 59, 136, 139; Kap. 3 Rn. 45, 167; Kap. 4 Rn. 4, 17 ff., 42 ff., 95 ff., 118 ff., 124 f.; Kap. 8 Rn. 79 ff.
- Übergangsmandat* Kap. 1 Rn. 139; Kap. 3 Rn. 155
- Übernahmefolgegewinn* Kap. 8 Rn. 69, 76
- Übertragungsvertrag* Kap. 1 Rn. 6, 18, 101; Kap. 4 Rn. 15, 19, 34 ff., 46 f., 72 ff.
- Umtauschverhältnis* Kap. 1 Rn. 104, 120, 127; Kap. 2 Rn. 29 f., 34, 46 f., 112 f., 176; Kap. 3 Rn. 80, 96, 103; Kap. 4 Rn. 78; Kap. 6 Rn. 69; Kap. 7 Rn. 36 f., 69 f., 86, 98

Umwandlung

- außerhalb des UmwG Kap. 1 Rn. 86 ff.
- Begriff Kap. 1 Rn. 38 ff.
- grenzüberschreitende *siehe dort*
- nach allgemeinem Zivil- und Gesellschaftsrecht Kap. 1 Rn. 87 f.
- Wirkung Kap. 1 Rn. 112 ff.
- wirtschaftliche Kap. 1 Rn. 95 ff.
- Zeitpunkt der Wirksamkeit Kap. 1 Rn. 112

Umwandlungsarten

- im Regelungsbereich des UmwG Kap. 1 Rn. 49 ff.
- numerus clausus *siehe dort*

Umwandlungsbeschluss

- Klage gegen Wirksamkeit Kap. 7 Rn. 7 ff.

Umwandlungsgesetz (UmwG)

- Aufbau Kap. 1 Rn. 24 ff.
- Ausstrahlungswirkung Kap. 1 Rn. 97
- geschichtliche Entwicklung Kap. 1 Rn. 10 ff.
- europarechtliche Vorgaben Kap. 1 Rn. 16 ff.
- räumlicher Anwendungsbereich Kap. 1 Rn. 47
- Systematik Kap. 1 Rn. 32 ff.
- zeitlicher Anwendungsbereich Kap. 1 Rn. 48

Umwandlungsrecht

- Gegenstand Kap. 1 Rn. 1 ff.
- Funktion Kap. 1 Rn. 3 ff.

*Umwandlungssteuererlasse Kap. 8 Rn. 16 ff.**Umwandlungssteuergesetz (UmwStG)*

- Anwendungsbereich Kap. 8 Rn. 15
- Aufbau Kap. 8 Rn. 9 ff.
- Buchwertfortführung Kap. 8 Rn. 6 ff.
- Grundsätze Kap. 8 Rn. 12 ff.
- Regelungsprinzipien Kap. 8 Rn. 5 ff.
- Regelungsweite Kap. 8 Rn. 22
- Verhältnis zum Umwandlungsgesetz Kap. 8 Rn. 15

Umwandlungsverfahren

- Ablauf Kap. 1 Rn. 98 ff.
- Beschlussphase Kap. 1 Rn. 107 f.
- Vollzugsphase Kap. 1 Rn. 109 ff.
- Vorbereitungsphase Kap. 1 Rn. 101 ff.

*Unternehmensbewertung Kap. 2 Rn. 34, 47; Kap. 4 Rn. 43; Kap. 6 Rn. 69; Kap. 7 Rn. 120, 126**Unternehmergesellschaft Kap. 1 Rn. 70; Kap. 3 Rn. 60, 198**Unwirksamkeitsklage*

- Anfechtungsklage *siehe dort*
- Feststellungsklage *siehe dort*
- Nichtigkeitsklage *siehe dort*

Verbindlichkeiten Kap. 1 Rn. 6, 129 f.;

- Kap. 2 Rn. 67, 79, 94 f., 181, 186 f.;
- Kap. 3 Rn. 7 f., 90, 122, 130 ff., 152, 174 ff.;
- Kap. 4 Rn. 104; Kap. 5 Rn. 63 ff.;
- Kap. 8 Rn. 7, 69

*Vereidigter Buchprüfer Kap. 2 Rn. 40**Vereinigungstheorie Kap. 6 Rn. 43 ff., 50, 56, 61, 95, 98, 108, 111, 117, 122**Verjährung Kap. 2 Rn. 44, 76, 95; Kap. 5 Rn. 39, 83; Kap. 7 Rn. 167, 180**Vermögensaufteilung*

- bei Spaltung Kap. 3 Rn. 30

Vermögensübergang Kap. 1 Rn. 60;

- Kap. 2 Rn. 68 ff.;
- Kap. 3 Rn. 123;
- Kap. 8 Rn. 9, 51, 67 ff., 80

Vermögensübertragung

- Arten Kap. 1 Rn. 49 f., 59 ff.;
- Kap. 3 Rn. 34, 59;
- Kap. 4 Rn. 10 ff.;
- Kap. 6 Rn. 48, 100
- Begriffsbestimmung Kap. 4 Rn. 1
- Bekanntmachung Kap. 4 Rn. 89 f.
- beteiligte Rechtsträger Kap. 1 Rn. 80 ff.;
- Kap. 4 Rn. 6 ff., 30 ff., 61 ff., 106 ff.
- Gegenleistung Kap. 4 Rn. 34 ff.
- Teilübertragung Kap. 4 Rn. 17 ff., 95 ff., 118 f., 124 f.
- Treuhänder Kap. 4 Rn. 48, 50, 123
- unter Versicherungsunternehmen Kap. 4 Rn. 106 ff.
- Vollübertragung Kap. 4 Rn. 11 ff., 69 ff., 116 f., 121 ff.

Verschmelzung

- Alleingesellschafter Kap. 2 Rn. 7, 210, 217 ff.
- Anfechtungsklage Kap. 2 Rn. 56, 105, 113
- Anmeldung Kap. 2 Rn. 55 ff., 190, 197, 199, 203
- Arten Kap. 1 Rn. 52 ff.;
- Kap. 2 Rn. 1 ff.

- Bekanntmachung der Eintragung Kap. 2 Rn. 65, 96, 101, 106, 117
- durch Aufnahme Kap. 2 Rn. 2, 11, 37, 97, 199, 203
- eines aufgelösten Rechtsträgers Kap. 2 Rn. 8, 179
- Eintritt in Bußgeldverfahren Kap. 2 Rn. 76 ff.
- Eintritt in Schuldverhältnisse Kap. 2 Rn. 73 ff.
- Eintritt in Zivilverfahren Kap. 2 Rn. 75
- Freigabeverfahren Kap. 2 Rn. 57; Kap. 7 Rn. 47 ff.
- Gesamtrechtsnachfolge Kap. 2 Rn. 3, 67 ff., 127, 132
- grenzüberschreitende Kap. 1 Rn. 140; Kap. 2 Rn. 1; Kap. 6 Rn. 61 ff.
- Gründungsvorschriften Kap. 2 Rn. 12, 63, 155
- Heilung von Beurkundungsmängeln Kap. 2 Rn. 82
- mit Kapitalerhöhung Kap. 2 Rn. 19, 30, 60, 153 ff., 163 ff.
- Negativverklärung Kap. 2 Rn. 56 f.
- Neugründung Kap. 2 Rn. 2, 12, 23, 62 f., 155
- ohne Kapitalerhöhung Kap. 2 Rn. 156 ff.
- Registeranmeldung *siehe Anmeldung*
- Registersperre Kap. 2 Rn. 56 f.
- Verfahren Kap. 2 Rn. 14 ff.
- Verschmelzungsfähigkeit Kap. 1 Rn. 69 ff.
- Vollzug Kap. 2 Rn. 55 ff.
- Wirkung Kap. 2 Rn. 66 ff., 219
- Verschmelzungsbericht*
- Inhalt Kap. 2 Rn. 15, 33 ff.; Kap. 6 Rn. 73
- Entbehrlichkeit Kap. 2 Rn. 35, 183, 210
- Verschmelzungsbescheinigung* Kap. 6 Rn. 76 f., 78, 132
- Verschmelzungsbeschluss*
- Beschlussmehrheit Kap. 2 Rn. 53 f., 184 f., 189 f.
- Entbehrlichkeit Kap. 2 Rn. 195 ff., 204, 206
- Förmlichkeiten Kap. 2 Rn. 52
- Inhalt Kap. 2 Rn. 50 f.; Kap. 6 Rn. 75
- Negativverklärung Kap. 2 Rn. 56 f.
- Widerspruch Kap. 2 Rn. 99 f.
- Zustimmung Kap. 2 Rn. 18, 24 ff.
- Verschmelzungsplan* Kap. 6 Rn. 67 ff.
- Verschmelzungsprüfer*
- Bestellung Kap. 2 Rn. 38 ff.
- Rechte Kap. 2 Rn. 42
- Status Kap. 2 Rn. 41
- Verantwortlichkeit Kap. 2 Rn. 43 f.
- Verschmelzungsprüfung* Kap. 2 Rn. 36 ff.; Kap. 6 Rn. 74
- Verschmelzungsstichtag* Kap. 2 Rn. 19, 60
- Verschmelzungsverfahren* Kap. 2 Rn. 14 ff., 84; Kap. 6 Rn. 66 ff.
- Verschmelzungsvertrag*
- Ansprüche Kap. 2 Rn. 31 f.
- Bindungswirkung Kap. 2 Rn. 24 ff.
- Grundlagen Kap. 2 Rn. 16 ff.
- Inhalt Kap. 2 Rn. 19 ff., 188
- Registergericht Kap. 2 Rn. 202
- Spruchverfahren *siehe dort*
- Zuleitung an den Betriebsrat Kap. 2 Rn. 58, 142 f.
- Versicherungsunternehmen* Kap. 1 Rn. 59, 80, 82; Kap. 3 Rn. 45, 52; Kap. 4 Rn. 1, 7 ff., 53, 106 ff.
- Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit* Kap. 1 Rn. 72, 80; Kap. 2 Rn. 6, 85; Kap. 3 Rn. 45, 177; Kap. 4 Rn. 7, 106 f., 120 ff.; Kap. 5 Rn. 6, 9, 11
- Verwaltungssitz* Kap. 6 Rn. 20, 22, 26, 33, 39, 55, 63, 110
- Verweisungstechnik* Kap. 1 Rn. 28; Kap. 4 Rn. 4
- Vinkulierung* Kap. 2 Rn. 69, 110; Kap. 3 Rn. 90; Kap. 5 Rn. 29, 54
- Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes* Kap. 1 Rn. 15; Kap. 6 Rn. 42b, 65a, 66, 86
- Vollübertragung* Kap. 1 Rn. 50, 59; Kap. 4 Rn. 11 ff.
- Vollzugsinteresse* Kap. 7 Rn. 59 ff.
- Wertansatz* Kap. 2 Rn. 47; Kap. 8 Rn. 6, 24 ff., 47, 66
- Widerspruch*
- des Arbeitnehmers Kap. 2 Rn. 139 ff.; Kap. 3 Rn. 166 ff.
- zur Niederschrift *siehe Barabfindung*

Wirtschaftsausschuss Kap. 2 Rn. 148;
Kap. 3 Rn. 163

Zuzahlungen, siehe *bare Zuzahlung*

*Zweites Gesetz zur Änderung des Um-
wandlungsgesetzes* Kap. 1 Rn. 15, 21
Zwischenwert Kap. 8 Rn. 24f., 44, 47,
57f., 64, 74f.